

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Druckerei  
und die Anzeigenabteilung entgegen.  
— Erscheint werktäglich.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

Verantwortliche für den Inhalt:  
Verleger: Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.  
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.  
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.  
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.  
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 133

Donnerstag, den 11. Juni 1931

26. Jahrgang

### Was wird mit der Notverordnung?

Berlin, 9. Juni. In politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der Frage, welche Stellung der Reichskanzler gegenüber den Wünschen nach einer Abänderung der Notverordnung einnehmen wird. Die von verschiedenen parlamentarischen Seiten laut geworden sind. Soweit wir unterrichtet sind, ist aber nicht damit zu rechnen, daß Kanzler und Kabinett solchen Forderungen nachgeben werden. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß ein Entgegenkommen an die Parteien insofern den Bestand der ganzen Notverordnung gefährden kann, als niemand weiß, wo die Änderungen aufhören sollen. Nach der Auffassung, die in der Regierung herrschend ist, würde ein Nachgeben die Reichsregierung auf eine recht abschüssige Bahn führen. Dazu kommt noch, daß die Forderungen der Sozialdemokratie und die des rechten Flügels der Regierungskoalition nicht nur auseinandergehen, sondern sich gegenseitig widersprechen, so daß also praktisch kaum ein Weg zu einer Verständigung über die Abänderung gegeben sein würde. Unter diesen Umständen hält man es für richtiger, die Notverordnung so zu lassen, wie sie nun einmal aussieht. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung die Absicht hat, die vielkritisierte Krisensteuer nur solange zu erheben, wie es unbedingt notwendig ist. Die Kritik an der Notverordnung dürfte nun nicht dazu führen, daß die Regierung in der Kampagne um die Revision der Tributzinsen behindert werde. Der Kanzler wird bei den Besprechungen, die er nach seiner Rückkehr mit den Parteiführern haben wird, zweifellos mit allem Nachdruck auf diese in diesem Sinne einwirken. Nachdem sich das Kabinett voraussichtlich am Donnerstag mit der Situation befaßt haben wird, wird er am Freitag nach Reuders zum Reichspräsidenten reisen, um Bericht zu erstatten, und dann werden sich in die nächste Woche hinein diese Besprechungen mit den Parteiführern anschließen. Soweit nicht schon am Donnerstag eine Reihe von Aufklärungen an sie gegeben worden sind. Auch in den Kreisen der Reichsregierung ist man sich durchaus bewusst, daß der nächste Schritt in der Reparationsfrage nicht in irgendwelchen platonischen Erklärungen bestehen kann, daß die Reichsregierung vielmehr mit ganz bestimmten Vorschlägen und Forderungen herauskommen muß. Es ist anzunehmen, daß der Kanzler den Parteiführern erklärt, daß er für die notwendigen Vorbereitungen etwa drei Wochen braucht, daß aber noch Ende dieses oder Anfang nächsten Monats entscheidende Schritte unternommen werden. Von dieser Ankündigung wird die nächste politische Entwicklung beherrscht sein. Nach Auffassung gut unterrichteter Kreise werden die Parteien, auf die es jetzt in erster Linie ankommt, sich der Argumentation des Kanzlers kaum entziehen. Das würde also bedeuten, daß die Gefahr einer Reichstagsinberufung nicht sehr akut ist.

#### Weitere Reichstagsfraktionsführungen

Berlin, 9. Juni. Zur Beratung der politischen Lage sind nunmehr auch die Reichstagsfraktionen des Landvolkes und der Bayerischen Volkspartei für Mittwoch, den 10. Juni, einberufen worden. Außerdem ist für Donnerstag auch eine Sitzung der volksparteilichen Reichstagsfraktion und für Montag nächster Woche eine Fraktionsführung der Deutschnationalen anberaumt. Am Sonntag tagt in Hildesheim die Zentrumsfraktion. Die Reichstagsfraktion der Staatspartei trat heute nachmittag zu einer Fraktionsführung zusammen, um den Inhalt der neuen Notverordnung und die Haltung der Fraktion gegenüber den Anträgen auf Reichstagsinberufung zu besprechen. Finanzminister Dietrich nahm an den Beratungen teil. Ferner findet am Mittwoch, den 10. Juni, eine Sitzung des Wahlprüfungsausschusses beim Reichstag statt, in der die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl in den Wahlkreisen Brandenburg 1 und 2, Schleswig-Holstein und Bayern-Südwest nachgeprüft werden sollen.

#### Die D. B. P. und die Einberufung des Reichstages

Berlin, 9. Juni. In einem deutschnationalen Berliner Abendblatt wird eine Stelle aus einer Rede des früheren Reichsfinanzministers Dr. Wolbenhauer zitiert, nach der die Deutsche Volkspartei die Einberufung des Reichstages fordere und die Notverordnung ablehnen würde, wenn Brüning die Forderungen der Partei nicht Rechnung trage. Hierzu erfahren wir von berufener Stelle, daß Dr. Wolbenhauer sich tatsächlich persönlich für die Einberufung des Reichstages ausgesprochen hat, daß aber der Schwerpunkt seiner Ausführungen doch in der Ankündigung von Forderungen der D. B. P. liegt, bei deren Ablehnung die Partei die notwendigen Folgerungen ziehen wird. Natürlich ist eine Entscheidung über die Haltung der D. B. P. noch nicht getroffen; sie kann erst in der Fraktionsführung erfolgen, die bekanntlich für Donnerstag einberufen ist. Man kann aber wohl annehmen, daß die Stimmung in der Fraktion etwa dem entspricht, was eines ihrer prominentesten Mitglieder in der erwähnten Rede ausgeführt hat. Die Entscheidung der Fraktion wird dann davon abhängig, wie sich die Reichsregierung zu den von Wolbenhauer angeforderten Forderungen und Vorschlägen stellen wird.

#### Der Deutsche Beamtenbund fordert Einberufung des Reichstages

Berlin, 10. Juni. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahm in der Sitzung vom 9. Juni zu der neuen Notverordnung mit ihren katastrophalen Folgen für die Beamtenschaft Stellung. Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der Notverordnung und ihrer verhängnisvollen Wirkungen fordert die Bundesleitung den baldigen Zusammentritt des Reichstages.

#### Gegenbesuch der englischen Minister in Deutschland

London, 9. Juni. Die deutschen Minister haben bei ihrem englischen Besuch ihre englischen Gastgeber zu einem Gegenbesuch in Berlin eingeladen. Macdonald und Henderson haben diese Einladung mit Dank angenommen. Der Zeitpunkt und die Einzelheiten des Besuchs der englischen Minister werden demnächst festgesetzt werden.

#### Abreise des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers von London

London, 9. Juni. Der deutsche Reichskanzler und der Reichsaußenminister sind um 8 Uhr 13 nach Southampton abgereist, von wo sie auf der „Europa“ die Rückfahrt nach Deutschland antreten.

#### Abschiedstelegramme Brünings und Curtius'

Southampton, 9. Juni. Reichskanzler Brüning hat an den britischen Premierminister Macdonald folgendes Telegramm geschickt: „Mein lieber Premierminister! Beim Verlassen des englischen Bodens möchte ich Ihnen nochmals sehr aufrichtig für die liebenswürdige Gastfreundschaft danken, die Dr. Curtius und mir selbst während unseres Besuchs in Chequers zuteil geworden ist. Sie dürfen versichert sein, daß wir uns der angenehmen Tage, die wir in Ihrem schönen Lande zugebracht haben, und des warmen Empfanges, der uns von der britischen Regierung und dem britischen Volke bereitet worden ist, stets sehr dankbar erinnern werden. Seien Sie, mein lieber Premierminister, meiner aufrichtigen Ergebenheit versichert. Dr. Brüning.“ — Reichsaußenminister Dr. Curtius hat an Staatssekretär Henderson nachfolgendes Telegramm geschickt: „Mein lieber Staatssekretär! Wollen Sie, bitte, meinen aufrichtigen Dank entgegennehmen für die schöne Gastfreundschaft, die Sie mir während meines Besuchs in England erwiesen haben. Ich habe mich sehr gefreut, Gelegenheit zu haben, mit Ihnen in Ihrem eigenen Lande zusammenzutreffen, und ich empfinde lebhafteste Dankbarkeit für die angenehmen Tage, die ich in England verbracht habe. Mit der Versicherung meiner aufrichtigen Ergebenheit Dr. Curtius.“

#### Amerika und die Weltdepression

Washington, 9. Juni. In Bestätigung der bereits gemeldeten verschiedenen Anzeichen der letzten Tage, daß sich eine Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik bezüglich der internationalen Schuldenfrage und der Liquidierung des Weltkrieges vorzubereiten scheint, behaupten heute die außenpolitischen Korrespondenten Oulahan von der „New York Times“ und Pearson von der „Baltimore Sun“, daß hier der Entwurf eines Planes ausgearbeitet werde, durch den die Weltdepression gemindert werden könne, und zwar offenbar mittels gleichzeitiger Herabsetzung von Zölleinfuhr, Reparationen und allierten Kriegsschulden. Pearson glaubt, daß eine amtliche Be-

stätigung vorläufig nicht zu erwarten sei, da Präsident Hoover noch keine festen Entschlüsse gefaßt habe, sondern die Ergebnisse von Stimson's Europareise und die dadurch erhoffte Einwirkung auf den Kongreß und die öffentliche Meinung abwarten wolle. Hoover hoffe, daß die deutsche Regierung bis dahin keinen formellen Schritt tun werde, der, solange nicht die Vereinigten Staaten auf die oben erwähnte Umstellung und Verknüpfung der drei Punkte hinreichend vorbereitet seien, die hier im Bildungsprozeß begriffene internationale Hilfsaktion erheblich erschwere, wenn nicht fähren würde.

#### Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 9. Juni. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai d. J. war die Entwicklung des Beschäftigungsgrades in der zweiten Hälfte des Monats Mai nicht mehr so ungünstig. Die Zahl der bei den Arbeitämtern gemeldeten Arbeitslosen hat um rund 144 000 abgenommen. Am 31. Mai belief sie sich auf rund 4 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtage — nach einem Rückgang um rund 134 000 — rund 1 679 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Belastung der Krisenfürsorge hat sich weiter, und zwar um etwa 15 000, auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Ueber die Aufteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen nach der Art der gewährten Unterstützung liegen zurzeit Zahlen erst für Ende April vor. Zu diesem Zeitpunkt wurden von 100 Arbeitslosen im Reichsbuchschnitt 8,7 unterstützt, davon die Hälfte aus der Arbeitslosenversicherung, knapp ein Viertel aus der Krisenfürsorge, etwas mehr als ein Viertel aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge. Im einzelnen sind u. a. am Arbeitsmarkt des Kohlenbergbaues Zeichen eines Stillstandes der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Die Landwirtschaft hat besonders in den klimatisch begünstigten Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt. Im Bauwesen hat sich die Saisonbelegung in dem erwarteten schwachen Umfang weiter entwickelt.

#### Ausbreitungen in Wuppertal

Wuppertal, 9. Juni. In den Nachmittags- und Abendstunden kam es in der Innenstadt an verschiedenen Plätzen wiederholt zu großen Ansammlungen halbwachsender Burschen. In der Nähe des Alten Marktes warfen sie die Schaufenster eines Lebensmittelgeschäftes ein und versuchten, in das Geschäft einzudringen und zu plündern. Es gelang jedoch einem Verkehrspolizisten, die Menge mit seiner Waffe so lange in Schach zu halten, bis das Ueberfallkommando zur Stelle war und die Aufrechter gestreute. In den Abendstunden kam es in Barmen abermals zu großen Ansammlungen von Erwerbslosen, die durch die Polizei aufgelöst wurden. Im Laufe des Tages wurden zwei Verhaftungen vorgenommen.

#### Erwerbslosendemonstrationen in Dortmund

Dortmund, 9. Juni. In Menge kam es zu einer Ansammlung von etwa 200 Erwerbslosen, die jubelnd vor die Wohnungen der oberen Beamten zogen und dort demonstrierten. Als die Menge auf etwa 300 Personen angewachsen war, traf ein Ueberfallkommando ein, das die Demonstranten zerstreute. Ein Rädelführer konnte festgenommen werden. Es bildeten sich dann noch kleinere Trupps von Demonstranten an den Straßenecken, die die Polizeibeamten beschimpften. Sogar Kinder wurden gegen die Polizei aufgestellt. In Warten kam es wiederholt zu Demonstrationen. Aus den Fenstern wurde mit Blumentöpfen und Steinen auf die Beamten geworfen. Mehrere Demonstranten stürzten in die nahe gelegenen Häuser. Beamte, die ihnen folgten, wurden mit dem Messer in der Hand empfangen. Einige Durchsuchungen nach Waffen wurden vorgenommen, blieben aber ergebnislos. Unter den Demonstranten waren viele Auswärtige zu beobachten, offenbar handelt es sich um ein planmäßiges Vorgehen. Verschiedentlich wurde sogar versucht, vor Beginn der Demonstrationen das Ueberfallkommando telefonisch nach einem anderen Stadtteil zu rufen, um die Beamten durch dieses Manöver abzulenken. Verletzte wurden nicht festgestellt.

#### Volksentscheid in Preußen am 9. August

Berlin, 9. Juni. In politischen Kreisen wird, wie die Blätter berichten, erwartet, daß der Volksentscheid über die Sanierungsausführung in Preußen auf Sonntag, den 9. August, angelegt werden kann.